

FH-SF-01 Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 08.03.2017
Tagesordnungspunkt: FH.FH-SF Wir sorgen für Sicherheit und erhalten die Freiheit

- 1 Deutschland ist ein sicheres Land, und es soll sicher bleiben. Wir wollen einen starken
2 Rechtsstaat, der vor Kriminalität und Terror schützt und den Bürgerrechten verpflichtet
ist.
3 .
4 Religiöse und politische Fanatiker fordern unseren Rechtsstaat heraus. Der
5 menschenverachtende Terror des Dschihadismus und die offene Bedrohung durch
Rechtsextreme
6 wie Neonazis und Reichsbürger*innen zielen gleichermaßen auf unsere freie
Gesellschaft und
7 ihre Werte. Ihnen stellen wir uns entgegen. Wir tun dies entschlossen, effektiv und
8 rechtsstaatlich, mit zielgerichteter Gefahrenabwehr statt mit pauschalen
Verdächtigungen und
9 Massenüberwachung. Dabei ist für uns klar, Freiheit ist ohne Sicherheit nicht zu haben
– und
10 das gilt auch umgekehrt. Es ist daher richtig, zu prüfen, ob die neuen
Herausforderungen
11 auch Gesetzesänderungen notwendig machen. Aber wir sind nicht bereit, falsche
Antworten zu
12 akzeptieren, die nur alten ideologischen Reflexen folgen und unwirksam sind – so wie
zum
13 Beispiel die Vorratsdatenspeicherung oder der Einsatz der Bundeswehr im Inneren. Es
ist viel
14 wirksamer, gezielt einige hundert Gefährder zu überwachen als 80 Millionen
Bürgerinnen und
15 Bürger.
16 Der schreckliche Anschlag vom Berliner Breitscheidplatz hat erneut massive
17 sicherheitspolitische Defizite in der Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden
offenbart. Auch
18 die nahezu täglichen Übergriffe und Anschläge von Rechten auf Asylbewerberinnen und
-
19 bewerber zeigen Defizite auf. Das Vertrauen in den Staat war schon zuvor durch
rechtswidrige
20 Massenüberwachung, das Eigenleben des Verfassungsschutzes und den NSU-Skandal
beschädigt.
21 Zum Vertrauensverlust hat beigetragen, dass das seit zwölf Jahren CDU/CSU-geführte
22 Bundesinnenministerium auf neue sicherheitspolitische Herausforderungen immer die
gleichen
23 hilflosen Antworten gibt. Eilig und ohne Fehleranalyse forciert es Gesetzesänderungen
im
24 Hauruckverfahren – ohne seriöse Folgenabschätzung, die im besten Fall
sicherheitspolitische
25 Placebos, im schlechtesten Fall tiefe Eingriffe in den Rechtsstaat sind. Innenpolitischer

26 Aktionismus und fehlende Kontrolle durch den sozialdemokratischen Justizminister vermitteln

27 das Bild eines hilflosen Staates, der von jedem Anschlag überrumpelt wird und der
28 Kriminalität beständig hinterherhinkt.

29 Wir stellen dagegen unser Konzept einer bürgernahen, personell und materiell gut
30 ausgestatteten, zielgerichtet arbeitenden Polizei und eines auf klaren rechtsstaatlichen
31 Prinzipien beruhenden Informationsaustauschs zwischen den europäischen
Sicherheitsbehörden.

32 **Sicherheit in einem starken Rechtsstaat**

33 In der Sicherheitspolitik brauchen wir fachkundige und professionelle Polizeiarbeit.
Dafür

34 setzen sich unsere grünen Landesregierungen flächendeckend ein. Die Polizei muss
auch als

35 Arbeitgeber attraktiv und in der Gesellschaft anerkannt sein. Die Einsparungen der
36 vergangenen Jahre waren ein schwerer Fehler. Wir wollen eine motivierte, vielfältige,
37 personell und sachlich ihren Aufgaben angemessen ausgestattete Polizei. Sowohl in der

38 Kriminalitätsbekämpfung als auch im Kampf gegen Rechtsextremismus oder den
islamistischen

39 Terrorismus mangelt es an gut ausgebildetem und geschultem Personal. Wir brauchen
40 Sicherheitsbehörden, die ein Abbild unserer Gesellschaft sind. Mehr Sicherheitsbeame
mit

41 Migrationshintergrund und Kenntnis mehrerer Sprachen sind ein Gewinn für den
Rechtsstaat und

42 für die Verbrechens- und Terrorismusbekämpfung. Eine Polizei, die an der Seite der
Menschen

43 für Sicherheit sorgt und eindeutig für den Rechtsstaat und eine offene Demokratie
eintritt.

44 Auch deshalb setzen wir uns für unabhängige Polizeibeauftragte als Ansprechpartner
für

45 Beamt*innen wie Bürger*innen ein, so wie ihn mehrere grün-mitregierte Länder bereits
46 eingeführt haben.

47 Videoüberwachung oder Videobeobachtung kann an Orten mit hoher
Kriminalitätsbelastung und

48 sensiblen, gefährdeten öffentlichen Orten eine sinnvolle Maßnahme sein.
Kameratechnik

49 ersetzt aber keine Polizeistreifen.

50 Bedrohungslagen wandeln sich. Während die Kriminalität insgesamt sinkt, bereitet die
51 wachsende Zahl der Wohnungseinbrüche vielen Menschen Sorge. Wir setzen auf mehr

52 Unterstützung zur Einbruchsprävention. Und wir brauchen eine zielgerichtete,
53 länderübergreifende Polizeizusammenarbeit, um die gegenwärtige Gefahr abzubauen
und auf

54 künftige Bedrohungen flexibler als durch Gesetzesänderungen reagieren zu können.

55 Mehr Personal mit guter Ausstattung und eine optimierte internationale
Zusammenarbeit der

56 Polizei, die nicht zwei Millionen Überstunden vor sich herschieben, sind zwar nicht so
57 billig wie Gesetzesverschärfungen, verbessern aber direkt die Sicherheitslage. Bei der
58 Gefahrenabwehr räumen wir der Polizeiarbeit einen Vorrang gegenüber den

Geheimdiensten sein.

59 Gefährder der öffentlichen Sicherheit müssen rund um die Uhr gezielt überwacht
werden

60 können, so dass sie bei konkreter Gefahr jederzeit festgesetzt werden können.

61 Den regelmäßigen Rufen nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren erteilen wir
eine klare

62 Absage. Das ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und
Bundeskriminalamt

63 wollen wir beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim
64 Bundeskriminalamt (BKA) konzentriert werden. Weil Terror und internationale
Kriminalität

65 keine Grenzen kennen, brauchen wir Sicherheitsbehörden, die international nach klaren

66 rechtsstaatlichen Kriterien, gemeinsamen Grundrechtsstandards und von den
Parlamenten

67 kontrolliert zusammenarbeiten. Deshalb wollen wir gemeinsame Ermittlungsteams bei
Europol in

68 der Terrorismusbekämpfung und im Bereich der organisierten Kriminalität stärken. Die
Praxis,

69 die Sicherung der Außengrenzen der EU auf die Länder am Rand der EU abzuschieben,
wollen wir

70 beenden. Europa hat eine gemeinsame Verantwortung für ein europäisches
Grenzregime, das den

71 Schutz der Menschenrechte zur Grundlage hat, Rechtssicherheit garantiert sowie das
Vertrauen

72 in das Schengen-System stärkt.

73 **Kein Fußbreit den Faschisten**

74 Rechtsextreme Fanatiker*innen, Reichsbürger*innen, Nazis und sogenannte Identitäre
formieren

75 sich. Es gibt eine zunehmend laute rechte und rechtspopulistische Szene in
Deutschland, die

76 sich im Internet oder bei den Pegida-Demos mit ihrer Hetzerei Gehör verschaffen. Die
Zahl

77 rechter Straftaten hat ein Rekordniveau erreicht. Wir erwarten, dass Polizei und Justiz
78 rassistische und rechtsextreme Straftaten konsequent ahnden. Wir wollen den Schutz
für Opfer

79 rechter Gewalt verbessern. Wer zum Beispiel Opfer von rechter Gewalt geworden ist,
sollte

80 nicht abgeschoben werden.

81 Gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit wie Rassismus, Antisemitismus,
Antiziganismus,

82 antimuslimischer Rassismus, Trans- und Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung
von

83 Obdachlosen, Langzeitarbeitslosen und Menschen mit Behinderung gibt es nicht nur am
rechten

84 Rand, sondern auch in der Mitte der Gesellschaft. Es ist Aufgabe der Politik, dafür zu
85 sorgen, dass sich alle Menschen – unabhängig von ihrer Herkunft, ihrem Geschlecht,
ihrer

- 86 sexuellen Identität oder Religion – frei und sicher bewegen können – egal ob in Berlin,
87 Sachsen oder Baden-Württemberg.
- 88 Wo immer Bürgerinnen und Bürger sich gegen Nazis engagieren durch Bildungs- und
89 Beratungsarbeit, durch Demos und friedliche Blockaden von Nazi-Aufmärschen oder in
90 der
91 antifaschistischen Einhornaktion, haben sie volle Unterstützung und Solidarität von uns.
92 Vereine, Initiativen und Kirchen engagieren sich seit Jahren für mehr Demokratie. Das
93 wollen
94 wir besser anerkennen und ihre finanzielle Ausstattung sicherstellen.
- 93 **Zäsur beim Verfassungsschutz**
- 94 Der Staat muss Rechtsextremismus, alltäglichen und institutionell verankerten
95 Rassismus mit
96 allen rechtsstaatlichen Mitteln bekämpfen. Sicherheitsbehörden müssen den Blick nach
97 rechts
98 außen schärfen und dazu das breite Wissen zivilgesellschaftlicher Initiativen besser
99 würdigen und als Expertenwissen in ihre Analysen einbeziehen. Das Versagen
100 gegenüber dem
101 rechtsterroristischen NSU hat deutlich gemacht: Das Bundesamt für Verfassungsschutz
102 ist
103 dauerhaft auf dem rechten Auge blind und nicht in der Lage, für die Demokratie
104 gefährliche
105 Entwicklungen zu erkennen. Auch die zweifelhafte Rolle des Verfassungsschutzes im
106 Fall Amri
107 und beim Anschlag auf den Berliner Breitscheidplatz weist auf Fehleinschätzungen hin.
108 Wir
109 wollen daher die Verfassungsschutzbehörden grundlegend reformieren.
- 103 Es braucht beim Verfassungsschutz einen Neustart. Statt des Bundesamtes für
104 Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein personell und
105 strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr gründen, das
106 mit
107 nachrichtendienstlichen Mitteln klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet
- 107 Die allgemeine Beobachtung demokratie- und menschenfeindlicher Bestrebungen soll
108 ein
109 unabhängiges Institut zum Schutz der Verfassung übernehmen, das ausschließlich
110 öffentliche
111 Quellen nutzt. Wissenschaft und engagierte Zivilgesellschaft sind regelmäßig besser
112 informiert als das Bundesamt für Verfassungsschutz.
- 111 **Prävention ausbauen – für eine Kultur des Hinschauens**
- 112 Wir wollen Prävention und Partizipation ausbauen. Wir müssen alles unternehmen,
113 damit junge
114 Menschen erst gar nicht in menschenverachtende und Gewalt verherrlichende
115 Ideologien
116 abgleiten, seien sie rechtsextremistisch oder islamistisch. Das gelingt durch eine Kultur
117 des Hinschauens. Wir wollen Radikalisierung von Anfang an verhindern: Deshalb
118 fordern wir
119 eine Bildungsoffensive in Kindertagesstätten und Schulen, die Förderung von

117 Demokratie- und Medienkompetenz junger Menschen sowie eine Stärkung von Beratungsstellen, Jugendverbänden
118 und aufsuchender Jugendarbeit. Dazu gehören auch Justizvollzugsanstalten, denn sie waren in
119 der Vergangenheit ebenfalls Stationen der Radikalisierung.

120 Wir wollen Präventionsprogramme gegen Rechtsextremismus, als auch gewaltbereiten Islamismus
121 und Salafismus massiv ausbauen und zivilgesellschaftliche Ansätze stärken. Auch
122 Moscheegemeinden und im Besonderen Imame sind in der Verantwortung, zu kooperieren und ihren
123 Beitrag zur Prävention und Verhinderung der Radikalisierung von Jugendlichen zu leisten.

124 Wir wollen Straftaten vorbeugen. Deshalb sollen Bund, Länder, Kommunen und zivilgesellschaftliche Institutionen gemeinsam in einem bundesweiten
125 Präventionszentrum
126 arbeiten. Programme zur Deradikalisierung und für Aussteiger aus der rechtsextremen und
127 islamistischen Szene wollen wir stärken. Um Terrorakte und Amoktaten zu verhindern, muss der
128 Zugang zu Waffen erschwert werden. Es ist immer noch viel zu einfach, an illegale
129 Schusswaffen und umgebaute Dekorationswaffen zu gelangen.

130 **Wer Grün wählt, stimmt für diese drei Projekte:**

131

132 **Kampf gegen rechts stärken**

133 Wir sagen rechten und rechtspopulistischen Kräften in unserer Gesellschaft den Kampf an.
134 Viele Initiativen, Vereine oder Kirche machen sich gegen Nazis und für eine weltoffene
135 Demokratie stark. Diese zivilgesellschaftlichen Institutionen verdienen staatliche und
136 politische Unterstützung und Anerkennung. Wir Grünen wollen sie deshalb dauerhaft mit einem
137 Demokratiefördergesetz stärken, das ihnen verlässlich die nötigen finanziellen Grundlagen
138 garantiert. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche
139 Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

140

141 **Der Radikalisierung von Jugendlichen vorbeugen**

142 Wir müssen alles unternehmen, damit junge Menschen nicht in menschenverachtende, Gewalt
143 propagierende Ideologien abgleiten. Dazu wollen wir eine umfassende und wirkungsvolle
144 Präventionsstrategie gegen gewaltbereiten Islamismus anwenden. Ein bundesweites
145 Präventionszentrum soll die Aufgaben koordinieren und alle relevanten staatlichen und

146 zivilgesellschaftlichen Akteure vernetzen. Dazu gehören: verschiedene Ressorts der
147 Bundesregierung, die Sicherheitsbehörden, Länder und Kommunen sowie Jugendhilfe,
148 Jugendverbände, Demokratieinitiativen, islamische Organisationen, Wissenschaft und
Medien.

149 Auch Präventionsnetzwerke vor Ort, die gegen den gewaltbereiten Islamismus
angehen, wollen

150 wir fördern.

151

152 **Polizei stärken, Sicherheitsbehörden reformieren**

153 Für mehr Sicherheit braucht es einen rationalen Ansatz, grundlegende Reformen und
mehr

154 Ressourcen. Die Bundespolizei muss personell und technisch besser ausgestattet
werden. Das

155 ineffiziente Nebeneinander von Bundespolizei, Zollpolizei und Bundeskriminalamt
wollen wir

156 beenden. Die kriminalpolizeilichen Aufgaben des Bundes sollen beim
Bundeskriminalamt

157 konzentriert werden. Wir brauchen einen Neustart beim Verfassungsschutz. Statt des

158 Bundesamtes für Verfassungsschutz in seiner ineffektiven aktuellen Form wollen wir ein

159 personell und strukturell völlig neues Bundesamt zur Gefahren- und Spionageabwehr
gründen,

160 das klar abgegrenzt von polizeilichen Aufgaben arbeitet. Wir brauchen außerdem ein

161 verschärftes Waffenrecht. Alle gefährlichen Waffen müssen lückenlos registriert und die

162 Eignung und Zuverlässigkeit der Besitzer regelmäßig geprüft werden. Wir wollen eine

163 europaweit einheitliche Kennzeichnung und gemeinsame Standards für die
Deaktivierung von

164 Feuerwaffen einführen.

165
